

Drucksachen-Nr.

8157/2014-2020

Datum:

18.02.2019

An den Bezirksbürgermeister als Vorsitzender der Bezirksvertretung Heepen

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Heepen	28.02.2019	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen in die Szenarien des 3. Nahverkehrsplanes

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Basisszenario des Nahverkehrsplans im Stadtbezirk Heepen um die folgenden Maßnahmen zu ergänzen:

- Schaffung einer <u>echten</u>* 20-Minuten- bzw. 30 Minuten-Taktung auf den Haupterschließungsbuslinien des Stadtbezirks
- Schaffung eines echten 30-Minuten-Taktes im Regionalbahnverkehr
- Durchführung der Linie 51 von der Endstation Schildesche bis zur Stadtbahnhaltestelle Milse.
- Schaffung von verlässlichen Umstiegsmöglichkeiten vom Regionalbahnverkehr in den Busverkehr an den Eisenbahnhaltepunkten im Stadtbezirk
- Beschleunigungsmaßnahmen für den Busverkehr von Brake in Richtung Schildesche zu Stoßzeiten

Darüber hinaus sollen für das Maximalszenario die folgenden Maßnahmen geprüft und ggf. dort aufgenommen werden:

- Quartiersbusse für Brake und Oldentrup als Anschlussbusse für den Schienenregionalverkehr
- Weitere Schnellbusverbindungen (tangential, z.B. Brake-Jöllenbeck-Babenhausen-Universität-Werther, Lippe-Oldentrup-Heepen-Schildesche, und Pendlerströme durch den Stadtbezirk aufnehmend) mit wenigen Haltepunkten.

^{*} d.h. alle 20 bzw. 30 Minuten eine Verbindung statt 3 bzw. 2 Verbindungen pro Stunde.

Begründung:

In der vergangenen Sitzung der Bezirksvertretung wurde die Fortschreibung des NVP andiskutiert. Angesichts der ebenfalls in der Diskussion stehenden Mobilitätsstrategie und der bereits diskutierten, zumeist einschränkenden Verkehrsplanungen muss der ÖPNV im Basisbereich ausgebaut werden, auch wenn sich die Wirtschaftlichkeit noch nicht vollständig darstellen lässt. Eine veränderte Mobilität lässt sich nur erreichen, wenn das Angebot stimmt. Anderenfalls wird man zu drastischen repressiven Maßnahmen greifen müssen. Das muss durch eine entsprechende Aufstellung eines Nahverkehrsplans verhindert werden.

Unterschrift:	
non De Flores	
gez. Dr. Elsner	